

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 29. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1966)	VII
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	XLV
1. Abschnitt. Einführung in das Erbrecht	1
§ 1 Grundbegriffe des Erbrechts	1
A. Begriff des Erbrechts	1
B. Erbfall	3
C. Erblasser	3
D. Erbe	3
E. Erbschaft	6
§ 2 Grundprinzipien des Erbrechts, verfassungsrechtlicher Schutz und Rechtsquellen	15
A. Grundprinzipien	15
B. Verfassungsrechtlicher Schutz des Privaterbrechts	18
C. Rechtsquellen	20
2. Abschnitt. Die Berufung zum Erben	27
1. Kapitel. Gesetzliche Erbfolge	27
§ 3 Das Verhältnis der gesetzlichen zur gewillkürten Erbfolge	27
A. Rangfolge	27
B. Wirkung der gesetzlichen innerhalb der gewillkürten Erbfolge	28
C. Zusammenfassung	29
§ 4 Das gesetzliche Erbrecht der Verwandten	29
A. Verwandtschaft	30
B. Prinzipien des Verwandtenerbrechts	32
C. Verwandtenerbrecht innerhalb der ersten bis dritten Ordnung	38
D. Erhöhung des Erbteils (§ 1935)	42
E. Zusammenfassung	44
§ 5 Das gesetzliche Erbrecht des Ehegatten	44
A. Voraussetzungen des Ehegattenerbrechts	45
B. Umfang des Ehegattenerbrechts	47
C. Einfluss des Güterrechts auf das Ehegattenerbrecht	49
D. Anhang: Voraus, Dreißigster, Unterhaltsanspruch der werdenden Mutter	51
E. Zusammenfassung	52
§ 6 Das gesetzliche Erbrecht des Lebenspartners	52
A. Voraussetzungen des Lebenspartnererbrechts	53
B. Umfang des Lebenspartnererbrechts	54
C. Anhang: Voraus des Lebenspartners	55
§ 7 Das gesetzliche Erbrecht des Staates	55
A. Grund der Regelung	56
B. Voraussetzungen	56
C. Folgerungen	57
D. Zusammenfassung	58
2. Kapitel. Gewillkürte Erbfolge	59
§ 8 Überblick über die Verfügungen von Todes wegen	59
A. Begriff	59
B. Inhalt und Arten	60
§ 9 Testierfähigkeit des Erblassers und persönliche Errichtung der Verfügung von Todes wegen	63
A. Testierfähigkeit	63

B. Persönliche Errichtung	65
C. Errichtung einer Verfügung von Todes wegen nach dem ZGB	69
D. Zusammenfassung	69
§ 10 Das ordentliche öffentliche Testament	70
A. Vorzüge des öffentlichen Testaments	71
B. Gesetzliche Regelung	71
C. Arten des öffentlichen Testaments	71
D. Errichtung des öffentlichen Testaments	73
E. Sonderfälle	76
F. Notarielles Testament nach dem ZGB	77
G. Zusammenfassung	77
§ 11 Das eigenhändige Testament	78
A. Vorzüge des eigenhändigen Testaments	79
B. Fähigkeit zur Errichtung eines eigenhändigen Testaments	79
C. Form des eigenhändigen Testaments	79
D. Zeit- und Ortsangabe	84
E. Verwahrung	84
F. Eigenhändiges Testament nach dem ZGB	84
G. Zusammenfassung	84
§ 12 Die außerordentlichen Testamente	84
A. Begriff, Bedeutung und Geltungsdauer	85
B. Nottestament vor dem Bürgermeister	86
C. Dreizeugentestament	87
D. Seetestament	88
E. Zusammenfassung	88
§ 13 Der Widerruf des Testaments	88
A. Voraussetzungen	89
B. Ausübung des Widerrufs	89
C. Widerruf des Widerrufs	93
D. Zusammenfassung	94
§ 14 Der Erbvertrag	94
A. Bedeutung und Begriff	95
B. Abschluss	96
C. Inhalt und Arten	98
D. Bindungswirkung	102
E. Ausnahmen von der Bindungswirkung	106
F. Beseitigung der Bindungswirkung	108
G. Besonderheiten bei Erbverträgen unter Ehegatten, Verlobten und Lebenspartnern	113
H. Zusammenfassung	113
§ 15 Das gemeinschaftliche Testament von Ehegatten und Lebenspartnern	114
A. Begriff und Bedeutung	115
B. Errichtung	118
C. Inhalt und Arten	120
D. Gegenseitige Erbeinsetzung (Berliner Testament)	121
E. Wechselbezügliche Verfügungen	127
F. Zusammenfassung	132
§ 16 Die Auslegung der Verfügungen von Todes wegen	132
A. Allgemeines zur Auslegung	133
B. Auslegung von Testamenten	133
C. Auslegung von Erbverträgen	146
D. Auslegung von gemeinschaftlichen Testamenten	148
E. Zusammenfassung	149
§ 17 Die Anfechtung der Verfügungen von Todes wegen	150
A. Allgemeines zur Anfechtung	150
B. Testamentsanfechtung	151
C. Anfechtung des Erbvertrags	158
D. Anfechtung des gemeinschaftlichen Testaments	160
E. Zusammenfassung	162

§ 18 Die Nichtigkeit und Unwirksamkeit der Verfügungen von Todes wegen	163
A. Bedeutung von Nichtigkeit und Unwirksamkeit	164
B. Bewusstes Abweichen von Wille und Erklärung	164
C. Formmangel	166
D. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot, gegen Grundrechte oder gegen die guten Sitten . .	166
E. Teilnichtigkeit und Umdeutung	172
F. Zusammenfassung	174
3. Kapitel. Ausschluss von der Erbfolge	174
§ 19 Die Enterbung	174
A. Begriff und Bedeutung	174
B. Durchführung und Wirkung	175
C. Zusammenfassung	176
§ 20 Die Erbnunwürdigkeit	177
A. Bedeutung	177
B. Erbnunwürdigkeitsgründe	177
C. Anfechtungsverfahren	181
D. Wirkungen der erfolgreichen Anfechtung	182
E. Anhang: Unwürdigkeit bei Vermächtnis- und Pflichtteilsansprüchen	183
F. Zusammenfassung	184
§ 21 Der Erbverzicht	185
A. Begriff und Bedeutung	185
B. Gegenstand des Erbverzichts und Verzichtsberichtigung	186
C. Vereinbarung und Beseitigung des Erbverzichts	188
D. Erbverzicht gegen Abfindung	190
E. Erbverzicht und Insolvenz	191
F. Zusammenfassung	191
§ 22 Die Ausschlagung sowie die Annahme der Erbschaft	192
A. Begriff und Bedeutung der Ausschlagung	193
B. Recht zur Ausschlagung und Verfahren	193
C. Umfang der Ausschlagung	197
D. Rechtsfolgen der Ausschlagung	199
E. Annahme der Erbschaft	199
F. Willensmängel bei Annahme und Ausschlagung	200
G. Ausschlagung und Insolvenz	204
H. Zusammenfassung	204
J. Rechtsstellung des vorläufigen Erben	205
K. Zusammenfassung	209
3. Abschnitt. Die Anordnungen des Erblassers	211
1. Kapitel. Erbeinsetzung	211
§ 23 Die Bestimmung des Erben	211
A. Begriff der Erbeinsetzung	211
B. Erbeinsetzung als Alleinerbe, nach Bruchteilen sowie unter einer Bedingung oder Befristung	213
C. Anwachsung	215
D. Zusammenfassung	216
§ 24 Die Bestimmung eines Ersatzerben	217
A. Begriff des Ersatzerben	217
B. Voraussetzungen	218
C. Wirkungen	219
D. Zusammenfassung	219
2. Kapitel. Beschränkung der Erben	220
§ 25 Die Vor- und Nacherbschaft	220
A. Begriff und Bedeutung	221
B. Anordnung der Nacherbschaft	222
C. Rechtsstellung des Nacherben	226
D. Rechtsstellung des Vorerben	228
E. Folgen des Nacherbfalls	237

F. Besonderheiten der befreiten Vorerbschaft	242
G. Zusammenfassung	243
§ 26 Die Testamentsvollstreckung	245
A. Bedeutung	246
B. Voraussetzungen	246
C. Dauer der Testamentsvollstreckung und des Testamentsvollstreckeramtes	248
D. Rechtsstellung und Aufgaben des Testamentsvollstreckers	250
E. Verwaltung des Nachlasses durch den Testamentsvollstrecker	253
F. Rechtsstellung des Erben während der Testamentsvollstreckung	260
G. Rechtsverhältnis zwischen Erben und Testamentsvollstrecker	261
H. Zusammenfassung	263
3. Kapitel. Beschwerden der Erben	265
§ 27 Das Vermächtnis	265
A. Begriff	266
B. Beschwerer	267
C. Vermächtnisnehmer	268
D. Gegenstand des Vermächtnisses	273
E. Erwerb des Vermächtnisses	277
F. Haftung des Beschweren	279
G. Zusammenfassung	282
§ 28 Die Auflage	283
A. Begriff, Abgrenzung und gesetzliche Regelung	283
B. Begünstigter	285
C. Vollziehungsanspruch	285
D. Unwirksamkeit der Auflage	286
E. Zusammenfassung	287
4. Abschnitt. Die Miterbengemeinschaft	289
§ 29 Gesamthand und Miterbenanteil	289
A. Allgemeines	289
B. Sondervermögen der Gesamthänder	290
C. Verfügung über den Miterbenanteil	292
D. Vorkaufsrecht der Miterben	296
E. Zusammenfassung	300
§ 30 Die Verwaltung des Nachlasses durch die Miterbengemeinschaft	300
A. Grundlinien	301
B. Begriff der Verwaltung	302
C. Innenverhältnis	302
D. Außenverhältnis	307
E. Zusammenfassung	311
§ 31 Die Auseinandersetzung	312
A. Begriff	313
B. Anspruch auf Auseinandersetzung	313
C. Verfahren der Auseinandersetzung	315
D. Auseinandersetzungsregeln	317
E. Zusammenfassung	325
5. Abschnitt. Das Pflichtteilsrecht	327
§ 32 Das Pflichtteilsrecht	327
A. Bedeutung	329
B. Gläubiger und Schuldner des Pflichtteilsanspruchs	329
C. Berechnung des Pflichtteils	331
D. Berechnung des Pflichtteils bei Zugewinnngemeinschaft	332
E. Schutz gegen Beeinträchtigung des Pflichtteils	335
F. Entstehung, Geltendmachung, Auskunftsanspruch und Stundung	345
G. Ausschluss des Pflichtteilsrechts	347
H. Verteilung der Pflichtteilslast	350
J. Zusammenfassung	350

6. Abschnitt. Der Schutz des Erben, der Erbschaft und des Rechtsverkehrs	353
§ 33 Der Erbschaftsanspruch	353
A. Einführung	353
B. Gläubiger des Erbschaftsanspruchs	354
C. Schuldner des Erbschaftsanspruchs	354
D. Herausgabepflicht des Erbschaftsbesitzers	356
E. Haftung des Erbschaftsbesitzers	358
F. Verwendungen des Erbschaftsbesitzers	360
G. Auskunftsansprüche	361
H. Verjährung und Ersitzung	363
J. Rechtliche Einordnung des Erbschaftsanspruchs	365
K. Konkurrenzen und Prozessuales	365
L. Zusammenfassung	367
§ 34 Ersetzungsgrundsatz im Erbrecht	368
A. Allgemeines	368
B. Einfacher Ersetzungserwerb	369
C. Rechtsgeschäftlicher Ersetzungserwerb	370
D. Ersetzung durch Inventarzuwachs	374
E. Zusammenfassung	374
§ 35 Der Erbschein	375
A. Überblick	376
B. Inhalt und Arten des Erbscheins	376
C. Rechtswirkungen des Erbscheins	382
D. Erbscheinsverfahren	387
E. Anhang: Testamentsvollstreckerzeugnis	394
F. Anhang: Öffentlicher Glaube bei Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	396
G. Zusammenfassung	396
§ 36 Die staatlichen Aufgaben im Erbrecht	396
A. Zuständigkeit und Verfahren des Nachlassgerichts	397
B. Eröffnung und Verkündung der Verfügungen von Todes wegen	398
C. Sicherung des Nachlasses	400
D. Zusammenfassung	401
7. Abschnitt. Die Erbenhaftung	403
§ 37 Grundfragen der Erbenhaftung	403
A. Übergang der Schulden	403
B. Haftungssysteme	403
C. Interessenlage	404
D. Gesetzliche Interessenbewertung	405
E. Arten der Nachlassverbindlichkeiten	408
F. Zusammenfassung	413
§ 38 Gläubigeraufgebot und Inventarerrichtung	414
A. Aufgebot der Nachlassgläubiger	415
B. Gläubigerversäumnis	418
C. Inventarerrichtung	418
D. Zusammenfassung	422
§ 39 Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenzverfahren	423
A. Gemeinsamkeiten von Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenz	423
B. Besonderheiten der Nachlassverwaltung	428
C. Besonderheiten des Nachlassinsolvenzverfahrens	430
D. Zusammenfassung	432
§ 40 Die Einreden des Erben und ihre Bedeutung im Prozess	434
A. Aufschiebende Einreden (§§ 2014–2017)	434
B. Unzulänglichkeitseinreden (§§ 1990–1992)	437
C. Ausschließungs- und Verschweigungseinrede (§§ 1973, 1974)	441
D. Zusammenfassung	441
§ 41 Die Haftung der Miterben	443
A. Grundzüge	443

B. Haftung vor der Nachlassteilung	445
C. Haftung nach der Nachlassteilung	447
D. Haftung gegenüber einem Miterben als Nachlassgläubiger	450
E. Zusammenfassung	450
§ 42 Die Haftung von Vor- und Nacherben	451
A. Haftung vor Eintritt des Nacherbfalls	452
B. Haftung nach Eintritt des Nacherbfalls	452
C. Zusammenfassung	454
8. Abschnitt. Zuwendungen auf den Todesfall durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	455
§ 43 Zuwendungen auf den Todesfall durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	455
A. Überblick	456
B. Schenkungen auf den Todesfall	456
C. Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall	467
D. Sonstige Zuwendungen unter Lebenden auf den Todesfall	475
E. Zusammenfassung	477
9. Abschnitt. Der Erbschafts Kauf	479
§ 44 Der Erbschafts Kauf	479
A. Vertragsgegenstand	479
B. Form des Vertrags	479
C. Rechtsbeziehungen zwischen den Vertragspartnern	480
D. Rechtsbeziehungen der Parteien zu den Nachlassgläubigern	482
E. Zusammenfassung	482
10. Abschnitt. Erbrecht und Gesellschaftsrecht	485
§ 45 Erbrecht und Gesellschaftsrecht	485
A. Fortführung eines Einzelhandelsgeschäfts	485
B. Nachfolge in den Anteil an einer Personengesellschaft	486
C. Vererbung von Kommanditanteilen und Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	496
D. Zusammenfassung	496
11. Abschnitt. Erbschaftsteuerrecht	497
§ 46 Erbschaftsteuerrecht	497
A. Praktische Bedeutung	497
B. Rechtsgrundlagen	498
C. Steuerpflichtige Vorgänge	499
D. Steuerpflichtiger Erwerb	499
E. Höhe der Erbschaftsteuer	502
F. Steuerfestsetzung und Erhebung	504
G. Zusammenfassung	504
12. Abschnitt. Das internationale Erbrecht	507
§ 47 Das internationale Erbrecht	507
A. Erbfälle mit Auslandsbezug	507
B. Rechtliche Problematik	508
C. Anwendbares Recht nach deutschem internationalen Erbrecht	508
D. Anhang: Internationale Zuständigkeit deutscher Nachlassgerichte	515
Anhang: Mustertexte	519
Paragrafenregister	529
Sachverzeichnis	541

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 29. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1966)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Literaturverzeichnis	XLV
1. Abschnitt. Einführung in das Erbrecht	1
§ 1 Grundbegriffe des Erbrechts	1
A. Begriff des Erbrechts	1
I. Erbrecht im objektiven Sinne	1
1. Tod eines Menschen als Anknüpfung für das Erbrecht	1
2. Erbrecht als Teil des Privatrechts	1
3. Regelung der vermögensrechtlichen Folgen beim Tod	2
II. Erbrecht im subjektiven Sinne	2
1. Herrschaft des Erben über den Nachlass	2
2. Kein Erbrecht vor dem Tod des Erblassers	2
B. Erbfall	3
C. Erblasser	3
D. Erbe	3
I. Bestimmung des Erben	4
II. Erbfähigkeit	4
1. Jede rechtsfähige Person	4
2. Rechtsfähigkeit zur Zeit des Erbfalls	4
E. Erbschaft	6
I. Grundsätze	6
II. Einzelfälle	7
1. Leichnam	7
2. Künstliche Körperteile	7
3. Recht auf Einsichtnahme in Krankenpapiere	7
4. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	8
5. Familienrechte	10
6. Immaterialgüterrechte und gewerbliche Schutzrechte	10
7. Dingliche Rechte	10
8. Schuldrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen	11
9. Anwartschaftsrechte	12
10. Digitaler Nachlass	12
§ 2 Grundprinzipien des Erbrechts, verfassungsrechtlicher Schutz und Rechtsquellen	15
A. Grundprinzipien	15
I. Privaterbrecht und Beteiligung des Staates am Erbrecht	15
1. Grundsatz: Privatpersonen als Erben	15
2. Beteiligung des Staates	16
II. Privatautonomie im Erbrecht	16
1. Testierfreiheit des Erblassers	16
2. Ausschlagungsrecht des Erben	17
III. Familienerbfolge	17
IV. Gesamtnachfolge	17
V. Haftung für Nachlassverbindlichkeiten	18
B. Verfassungsrechtlicher Schutz des Privaterbrechts	18
I. Einrichtungsgarantie	18
II. Grundrecht	19

C. Rechtsquellen	20
I. Bürgerliches Gesetzbuch	20
1. 5. Buch des BGB: Erbrecht	20
2. Erbrechtliche Bedeutung des Familienrechts	20
3. Erbrechtliche Bedeutung des Sachenrechts	21
4. Erbrechtliche Bedeutung des Schuldrechts	21
5. Erbrechtliche Bedeutung des Allgemeinen Teils des BGB	22
II. EuErbVO, EGBGB	22
1. Internationales Erbrecht	22
2. Übergangsrecht aus Anlass des Beitritts der ehemaligen DDR	23
III. Lebenspartnerschaftsgesetz	23
IV. Handelsgesetzbuch	24
1. Vererblichkeit der Handelsfirma	24
2. Auswirkungen des Todes eines Gesellschafters auf den Fortbestand einer Personenhandelsgesellschaft	24
V. Anerbengesetze	24
VI. Verfahrensgesetze	24
1. Zivilprozessordnung (ZPO)	24
2. Zwangsversteigerungsgesetz (ZVG)	25
3. Insolvenzordnung (InsO)	25
4. Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	25
VII. Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz	25
2. Abschnitt. Die Berufung zum Erben	27
1. Kapitel. Gesetzliche Erbfolge	27
§ 3 Das Verhältnis der gesetzlichen zur gewillkürten Erbfolge	27
A. Rangfolge	27
I. Vorrang der gewillkürten Erbfolge	27
1. Aufbau der gesetzlichen Regelung	27
2. Gründe für den Aufbau des Gesetzes	27
3. Anwendungsfälle	28
II. Nebeneinander von gewillkürter und gesetzlicher Erbfolge	28
B. Wirkung der gesetzlichen innerhalb der gewillkürten Erbfolge	28
C. Zusammenfassung	29
§ 4 Das gesetzliche Erbrecht der Verwandten	29
A. Verwandtschaft	30
I. Allgemeines	30
II. Genetische und rechtliche Verwandtschaft	30
1. Auseinanderfallen von rechtlicher und genetischer Verwandtschaft	30
2. Erbrechtliche Behandlung nichtehelicher Kinder	31
III. Verwandtschaft in den Fällen fehlerhafter Ehen	32
1. Nichtehe	32
2. Aufhebbare Ehe	32
B. Prinzipien des Verwandtenerbrechts	32
I. Parentel- oder Ordnungssystem	32
II. Gradualsystem	34
III. Repräsentationssystem mit Eintrittsrecht	34
1. Repräsentationssystem	34
2. Eintrittsrecht	35
IV. Stammes- und Liniensystem	35
1. Stammessystem	35
2. Liniensystem	36
3. Gradualsystem	37
C. Verwandtenerbrecht innerhalb der ersten bis dritten Ordnung	38
I. Erben der ersten Ordnung (§ 1924)	38
II. Erben der zweiten Ordnung (§ 1925)	39
III. Erben der dritten Ordnung (§ 1926)	40

D. Erhöhung des Erbteils (§ 1935)	42
E. Zusammenfassung	44
§ 5 Das gesetzliche Erbrecht des Ehegatten	44
A. Voraussetzungen des Ehegattenerbrechts	45
I. Bestehen der Ehe	45
1. Nichtehe	45
2. Aufhebbarer Ehe	45
3. Geschiedene Ehe	45
4. Für tot erklärter Ehegatte	46
II. Ausschluss des Erbrechts trotz Bestehens der Ehe	46
1. Tod des Erblassers während des Scheidungsverfahrens	46
2. Eheaufhebungsantrag	47
B. Umfang des Ehegattenerbrechts	47
I. Ehegatte neben Verwandten der ersten Ordnung	48
II. Ehegatte neben Verwandten der zweiten Ordnung	48
III. Ehegatte neben Verwandten der dritten Ordnung	48
IV. Ehegatte neben Verwandten der vierten oder einer ferneren Ordnung	48
V. Ehegatte als Verwandter des Erblassers	48
C. Einfluss des Güterrechts auf das Ehegattenerbrecht	49
I. Gütertrennung	49
II. Gütergemeinschaft	49
1. Anteil am Gesamtgut	49
2. Sondergut und Vorbehaltsgut	50
III. Zugewinngemeinschaft	50
D. Anhang: Voraus, Dreißigster, Unterhaltsanspruch der werdenden Mutter	51
E. Zusammenfassung	52
§ 6 Das gesetzliche Erbrecht des Lebenspartners	52
A. Voraussetzungen des Lebenspartnererbrechts	53
I. Voraussetzungen des § 10 I, III LPatG	53
II. Kein Ausschluss nach allgemeinen Regeln	53
B. Umfang des Lebenspartnererbrechts	54
I. Erbquote neben Verwandten des Erblassers	54
II. Einfluss des Güterstandes auf die Erbquote	54
1. Zugewinngemeinschaft	54
2. Gütertrennung	54
3. Gütergemeinschaft	55
C. Anhang: Voraus des Lebenspartners	55
§ 7 Das gesetzliche Erbrecht des Staates	55
A. Grund der Regelung	56
B. Voraussetzungen	56
I. Materielles Recht	56
1. Kein Verwandter oder Ehegatte des Erblassers vorhanden	56
2. Träger des gesetzlichen Staatserbrechts	56
II. Verfahrensrecht	56
1. Ermittlungen des Nachlassgerichts	56
2. Feststellungsbeschluss des Nachlassgerichts	57
III. Professionelle Erbenermittler	57
C. Folgerungen	57
I. Ausschluss von Rechten	57
1. Kein Ausschlagungsrecht des Staates	57
2. Kein Verzichtserbrecht des Staates	58
II. Keine Erbnunwürdigkeit	58
III. Kein Ausschluss des gesetzlichen Erbrechts	58
IV. Keine unbeschränkte Erbenhaftung	58
D. Zusammenfassung	58
2. Kapitel. Gewillkürte Erbfolge	59
§ 8 Überblick über die Verfügungen von Todes wegen	59
A. Begriff	59

B. Inhalt und Arten	60
I. Inhalt	60
1. Erbeinsetzung, Enterbung	60
2. Vermächtnisse, Auflagen	60
3. Regeln für die Auseinandersetzung	61
4. Beschränkung des Pflichtteils	61
5. Aufhebung einer Verfügung von Todes wegen	61
6. Anordnung der Zuständigkeit eines Dritten	61
7. Bestimmungen familienrechtlichen Inhalts	61
8. Bestimmungen zu Rechtsgeschäften unter Lebenden	61
II. Arten	62
1. Unterscheidung nach der Bindungswirkung	62
2. Unterscheidung nach der Art und Weise der Errichtung	62
a) Ordentliche Testamente	62
b) Außerordentliche Testamente	62
§ 9 Testierfähigkeit des Erblassers und persönliche Errichtung der Verfügung von Todes wegen	63
A. Testierfähigkeit	63
I. Testierfähigkeit bei der Testamentserrichtung	63
1. Testierfähigkeit Minderjähriger	64
2. Testierfähigkeit Volljähriger	64
II. Testierfähigkeit bei gemeinschaftlichem Testament und Erbvertrag	65
1. Beim gemeinschaftlichen Testament	65
2. Beim Erbvertrag	65
B. Persönliche Errichtung	65
I. Keine Stellvertretung	66
II. Keine Bestimmung durch Dritte	66
1. Bestimmung über die Geltung der Verfügung von Todes wegen	66
2. Bestimmung der Person des Bedachten und des Gegenstands der Zuwendung	68
C. Errichtung einer Verfügung von Todes wegen nach dem ZGB	69
D. Zusammenfassung	69
§ 10 Das ordentliche öffentliche Testament	70
A. Vorzüge des öffentlichen Testaments	71
B. Gesetzliche Regelung	71
C. Arten des öffentlichen Testaments	71
I. Erklärung gegenüber dem Notar	71
II. Übergabe einer offenen Schrift	72
III. Übergabe einer verschlossenen Schrift	73
IV. Kombination mehrerer Errichtungsarten	73
D. Errichtung des öffentlichen Testaments	73
I. Notar als Urkundsperson	73
1. Örtliche Zuständigkeit	73
2. Ausschlussgründe	74
II. Feststellung der Person und der Testierfähigkeit des Erblassers	74
III. Prüfungs- und Belehrungspflichten des Notars	74
IV. Niederschrift	74
1. Aufnahme und Inhalt der Niederschrift	74
2. Vorlesen, genehmigen und unterschreiben der Niederschrift	75
V. Verschließung und Verwahrung der Niederschrift und Registrierung der Verwahrdaten	75
1. Verschließung	75
2. Amtliche Verwahrung	75
3. Registrierung im Zentralen Testamentsregister (ZTR)	75
E. Sonderfälle	76
F. Notarielles Testament nach dem ZGB	77
G. Zusammenfassung	77
§ 11 Das eigenhändige Testament	78
A. Vorzüge des eigenhändigen Testaments	79
B. Fähigkeit zur Errichtung eines eigenhändigen Testaments	79

C. Form des eigenhändigen Testaments	79
I. Eigenhändige Niederschrift	79
1. Eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung	79
2. Unerhebliche Gesichtspunkte	81
II. Unterschrift	82
1. Identitätsfrage	82
2. Abschlussfrage	82
D. Zeit- und Ortsangabe	84
E. Verwahrung	84
F. Eigenhändiges Testament nach dem ZGB	84
G. Zusammenfassung	84
§ 12 Die außerordentlichen Testamente	84
A. Begriff, Bedeutung und Geltungsdauer	85
B. Nottestament vor dem Bürgermeister	86
I. Voraussetzungen	86
1. Todesgefahr	86
2. Absperrung	86
II. Mitwirkende Personen	86
1. Bürgermeister	86
2. Zwei Zeugen	87
III. Errichtung	87
C. Dreizeugentestament	87
I. Voraussetzungen	87
1. Absperrung	87
2. Nahe Todesgefahr	87
II. Mitwirkende Personen	88
III. Errichtung	88
D. Seetestament	88
E. Zusammenfassung	88
§ 13 Der Widerruf des Testaments	88
A. Voraussetzungen	89
B. Ausübung des Widerrufs	89
I. Testament	89
II. Vernichtung oder Veränderung der Testamentsurkunde	90
III. Rücknahme des öffentlichen Testaments aus der amtlichen Verwahrung	92
C. Widerruf des Widerrufs	93
D. Zusammenfassung	94
§ 14 Der Erbvertrag	94
A. Bedeutung und Begriff	95
I. Bedeutung	95
II. Begriff	95
1. Verfügung von Todes wegen	95
2. Vertrag	96
B. Abschluss	96
I. Geschäftsfähigkeit der Vertragschließenden	96
II. Vertretung der Vertragschließenden	97
III. Form des Erbvertrags	97
1. Gleichzeitige Anwesenheit vor dem Notar	97
2. Maßgeblichkeit der Form für alle Vertragsschließenden	97
3. Form bei Erbvertrag mit Ehevertrag	97
IV. Verschließung, Verwahrung, Eröffnung	97
C. Inhalt und Arten	98
I. Inhalt	98
1. Andere Verfügungen als Erbeinsetzungen, Vermächtnisse, Auflagen oder Wahl des anzuwendenden Rechts	98
2. Erbeinsetzungen, Vermächtnisse und Auflagen	98
3. Vertragsmäßige Verfügungen nur bei gewollter Bindungswirkung	99
4. Kombination mit einem anderen Vertrag	99

II. Arten	99
1. Einseitige und zweiseitige Erbverträge	99
2. Entgeltliche und unentgeltliche Erbverträge	101
D. Bindungswirkung	102
I. Einfluss auf frühere und spätere Verfügungen	102
1. Frühere letztwillige Verfügungen	102
2. Spätere Verfügungen von Todes wegen	103
II. Keine Einschränkung bei Verfügungsgeschäften unter Lebenden	104
1. Bereicherungsanspruch des Vertragserben bei beeinträchtigenden Schenkungen des Erblassers	104
2. Ansprüche des vertraglichen Vermächtnisnehmers bei Vereitelung seines Vermächtnisanspruchs in Beeinträchtigungsabsicht	106
E. Ausnahmen von der Bindungswirkung	106
I. Vorbehalt	106
II. Beschränkung in guter Absicht	107
III. Zustimmung des Bedachten	107
F. Beseitigung der Bindungswirkung	108
I. Aufhebung durch die Vertragsparteien	108
1. Aufhebungsvertrag	108
2. Gemeinschaftliches Aufhebungstestament	109
3. Aufhebungstestament mit Zustimmung des Vertragspartners	109
II. Rücktritt	109
1. Rücktrittsgründe	110
2. Rücktrittserklärung	110
3. Rücktrittswirkung	111
4. Aufhebungstestament des Rücktrittsberechtigten	111
III. Anfechtung	112
G. Besonderheiten bei Erbverträgen unter Ehegatten, Verlobten und Lebenspartnern	113
H. Zusammenfassung	113
§ 15 Das gemeinschaftliche Testament von Ehegatten und Lebenspartnern	114
A. Begriff und Bedeutung	115
I. Begriff	115
II. Bedeutung	116
1. Formprivileg	116
2. Bindungswirkung	117
3. Rechtspolitische Bedenken	117
B. Errichtung	118
I. Beschränkung auf Ehegatten und Lebenspartner	118
1. Nur Ehegatten und Lebenspartner als Parteien eines gemeinschaftlichen Testaments	118
2. Bedeutung eines späteren Scheidungs- oder Aufhebungsurteils	118
II. Form	119
1. Öffentliches gemeinschaftliches Testament	119
2. Gemeinschaftliches Nottestament	119
3. Eigenhändiges gemeinschaftliches Testament	119
III. Verwahrung	120
C. Inhalt und Arten	120
I. Inhalt	120
II. Arten	120
1. Testamenta correspectiva	120
2. Testamenta reciproca	120
3. Testamenta mere simultanea	121
D. Gegenseitige Erbeinsetzung (Berliner Testament)	121
I. Auslegungsmöglichkeiten	121
1. Trennungsprinzip	122
2. Einheitsprinzip	122
II. Folgen beim Trennungs- und Einheitsprinzip	123
1. Rechtsstellung des überlebenden Ehegatten	123

2. Rechtsstellung des Dritten	123
3. Rechtsstellung des pflichtteilsberechtigten Dritten	124
III. Auslegung im Einzelfall	125
IV. Auslegung beim Vermächtnis	126
V. Auslegung einer Wiederverheirathungsklausel	126
1. Bei gewollter Vor- und Nacherbschaft	126
2. Bei gewollter Vollerbschaft	126
E. Wechselbezügliche Verfügungen	127
I. Voraussetzungen	127
1. Ehegatten bedenken sich gegenseitig	128
2. Ein Ehegatte bedenkt den anderen	128
II. Folgen der Wechselbezüglichkeit	129
1. Auswirkung der Nichtigkeit einer Verfügung auf die andere Verfügung	129
2. Auswirkung des Widerrufs einer Verfügung auf die andere Verfügung	130
3. Bindungswirkung nach Annahme der Zuwendung	131
F. Zusammenfassung	132
§ 16 Die Auslegung der Verfügungen von Todes wegen	132
A. Allgemeines zur Auslegung	133
B. Auslegung von Testamenten	133
I. Fehlender Vertrauensschutz	133
II. Auslegung und Anfechtung	134
III. Auslegung und Form	135
IV. Ergänzende Auslegung	137
1. Lückenfeststellung und Lückenausfüllung im Allgemeinen	137
2. Lückenfeststellung und Lückenausfüllung beim Testament	138
3. Testamenterrichtung als maßgeblicher Zeitpunkt	139
4. Ergänzende Auslegung und Formbedürftigkeit	139
V. Wohlwollende Auslegung (§ 2084)	140
VI. Besondere gesetzliche Auslegungsregeln	141
1. Bedeutung	141
2. Regeln zur Bestimmung des Bedachten	141
3. Regeln für bedingte Zuwendungen	143
C. Auslegung von Erbverträgen	146
I. Rechtsgeschäfte unter Lebenden	146
II. Einseitige Verfügungen	146
III. Vertragsmäßig bindende Verfügungen	146
1. Vertragsmäßige Verfügung ohne Verpflichtung zur Gegenleistung: Maßgeblichkeit allein des Erblasserwillens	147
2. Vertragsmäßige Verfügung mit Verpflichtung zu einer Gegenleistung: Maßgeblichkeit auch der Interessen des Vertragspartners	147
3. Ergänzende Auslegung bei lückenhaftem Erbvertrag	148
IV. Gesetzliche Auslegungsregeln	148
D. Auslegung von gemeinschaftlichen Testamenten	148
I. Wechselbezügliche Verfügungen	148
II. Nicht wechselbezügliche Verfügungen	148
III. Gesetzliche Auslegungsregeln	149
E. Zusammenfassung	149
§ 17 Die Anfechtung der Verfügungen von Todes wegen	150
A. Allgemeines zur Anfechtung	150
B. Testamentsanfechtung	151
I. Anfechtungstatbestand	151
1. Vorliegen einer letztwilligen Verfügung	151
2. Auslegung vor Anfechtung	151
3. Anfechtungsgrund	151
4. Ursächlichkeit von Irrtum oder Drohung für die Verfügung	153
5. Keine verständige Würdigung des Falles erforderlich	153
II. Anfechtungsberechtigte	153
1. Keine Anfechtungsberechtigung des Erblassers	153

2. Anfechtungsberechtigung dessen, der vom Wegfall der Verfügung profitiert	153
3. Einschränkung der Anfechtungsberechtigung bei der Irrtumsanfechtung	154
III. Anfechtungserklärung	154
1. Formfreiheit	154
2. Anfechtungsgegner	154
3. Inhalt der Anfechtungserklärung	154
4. Anfechtungsfrist	155
IV. Verlust des Anfechtungsrechts	155
1. Ablauf der gesetzlichen Ausschlussfrist	155
2. Bestätigung	155
V. Wirkung der Anfechtung	156
1. Nichtigkeit der Verfügung ex tunc	156
2. Teilnichtigkeit	156
3. Kein Ersatz des negativen Interesses	156
VI. Gerichtliche Prüfung der Wirkung der Anfechtung	156
1. Grundsätzlich keine Prüfung durch das Nachlassgericht	156
2. Prüfung durch das Nachlassgericht bei Beantragung eines Erbscheins	156
C. Anfechtung des Erbvertrags	158
I. Allgemeines	158
1. Anfechtung anderer Erklärungen als Verfügungen von Todes wegen	158
2. Anfechtung einseitiger Verfügungen von Todes wegen	158
3. Anfechtung vertragsmäßig bindender Verfügungen	158
II. Anfechtungstatbestand	158
III. Anfechtungsberechtigte	158
1. Anfechtungsberechtigung des Erblassers	158
2. Anfechtungsberechtigung dessen, der vom Wegfall der Verfügung profitiert	159
IV. Anfechtungserklärung	159
1. Notarielle Beurkundung	159
2. Anfechtungsgegner	159
V. Anfechtungsfrist	159
VI. Verlust des Anfechtungsrechts	160
VII. Wirkung der Anfechtung	160
VIII. Anhang: Anfechtung des Aufhebungsvertrags	160
D. Anfechtung des gemeinschaftlichen Testaments	160
I. Allgemeines	160
II. Anfechtungsrecht des Erblassers	161
1. Nur bei wechselbezüglichen Verfügungen	161
2. Form, Frist, Anfechtungsgegner	161
3. Wirkung der Anfechtung	161
III. Anfechtungsrecht des Ehegatten/Lebenspartners und Dritter	161
E. Zusammenfassung	162
§ 18 Die Nichtigkeit und Unwirksamkeit der Verfügungen von Todes wegen	163
A. Bedeutung von Nichtigkeit und Unwirksamkeit	164
I. Nichtigkeit	164
II. Unwirksamkeit	164
B. Bewusstes Abweichen von Wille und Erklärung	164
I. Geheimer Vorbehalt	164
II. Nicht ernstliche Willenserklärung	165
III. Scheinerklärung	165
C. Formmangel	166
D. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot, gegen Grundrechte oder gegen die guten Sitten	166
I. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	166
1. § 14 HeimG und entsprechende landesrechtliche Regelungen	167
2. AGG	168
II. Verstoß gegen Grundrechte	168
III. Verstoß gegen die guten Sitten	169
1. Voraussetzungen der Sittenwidrigkeit	169
2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Sittenwidrigkeit	171

3. Keine Sittenwidrigkeit bei Behindertentestament	171
E. Teilnichtigkeit und Umdeutung	172
I. Teilnichtigkeit	172
1. Beim Testament	172
2. Beim Erbvertrag	173
3. Beim gemeinschaftlichen Testament	173
4. Wirksamkeit bei Ergänzungsvorbehalt	173
II. Umdeutung	173
F. Zusammenfassung	174
3. Kapitel. Ausschluss von der Erbfolge	174
§ 19 Die Enterbung	174
A. Begriff und Bedeutung	174
B. Durchführung und Wirkung	175
I. Durchführung	175
1. Ausschluss von der Erbfolge	175
2. Anderweitige Verteilung des vollständigen Nachlasses	175
3. Verbindung von ausdrücklicher Enterbung und anderweitiger Erbeinsetzung	175
4. Zuwendung des Pflichtteils	175
5. Entziehung des Pflichtteils	176
II. Wirkung	176
1. Keine Erbenstellung des Enterbten	176
2. Im Zweifel keine Erstreckung der Enterbung auf Abkömmlinge	176
3. Keine Auswirkung der Enterbung auf das Pflichtteilsrecht	176
C. Zusammenfassung	176
§ 20 Die Erbnunwürdigkeit	177
A. Bedeutung	177
B. Erbnunwürdigkeitsgründe	177
I. Gesetzliche Tatbestände	177
1. § 2339 I Nr. 1, 1. Fall	178
2. § 2339 I Nr. 1, 2. Fall	178
3. § 2339 I Nr. 2	178
4. § 2339 I Nr. 3	179
5. § 2339 I Nr. 4	179
II. Ausschluss der Erbnunwürdigkeit	180
1. Keine (rechtzeitige) Geltendmachung	180
2. Unwirksamwerden der erbnunwürdig veranlassten Verfügung vor dem Erbfall	180
3. Unwirksamwerden der erbnunwürdig herbeigeführten Aufhebung der Verfügung vor dem Erbfall	180
4. Verzeihung des Erblassers	181
C. Anfechtungsverfahren	181
I. Anfechtungsklage	181
II. Anfechtungsberechtigung	181
III. Zeitpunkt der Anfechtung	182
D. Wirkungen der erfolgreichen Anfechtung	182
I. Rechtliches Schicksal der Erbschaft	182
II. Rechtsbeziehungen zu Dritten	182
III. Rechtsbeziehungen zwischen dem Erbnunwürdigen und dem neuen Erben	183
E. Anhang: Unwürdigkeit bei Vermächtnis- und Pflichtteilsansprüchen	183
I. Vermächtnisunwürdigkeit	183
1. Geltendmachung durch Anfechtung	183
2. Anfechtungsfrist	183
3. Wirkung der Anfechtung	183
4. Rückabwicklung nach Bereicherungsrecht	184
5. Vermächtnisunwürdigkeit beim »Voraus« und beim »Dreißigsten«	184
II. Unwürdigkeit bei Pflichtteilsansprüchen	184
F. Zusammenfassung	184
§ 21 Der Erbverzicht	185
A. Begriff und Bedeutung	185

B. Gegenstand des Erbverzichts und Verzichtsberichtigung	186
I. Verzicht auf das gesetzliche Erbrecht	186
1. Verzichtsberichtigte	186
2. Umfang des Erbverzichts	186
3. Verzicht zugunsten eines Dritten	186
4. Auslegung des Verzichts eines Abkömmlings	187
5. Erstreckung des Verzichts auf den ganzen Stamm	187
6. Bedeutung des Verzichts für Zuwendungen durch Verfügung von Todes wegen	187
II. Verzicht auf das Pflichtteilsrecht	187
1. Erstreckung des Verzichts auf den Pflichtteilsanspruch	187
2. Beschränkung des Verzichts auf den Pflichtteilsanspruch	187
III. Verzicht auf Erbeinsetzungen und Vermächtnisse	188
1. Möglichkeit eines Verzichts auf Erbeinsetzungen und Vermächtniszuwendungen	188
2. Verzichtsberichtigte	188
3. Erstreckung des Verzichts auf Abkömmlinge des Verzichtenden	188
C. Vereinbarung und Beseitigung des Erbverzichts	188
I. Vereinbarung des Erbverzichts	188
1. Vertrag zwischen dem Verzichtenden und dem Erblasser	188
2. Notarielle Beurkundung	189
3. Geschäftsfähigkeit und Stellvertretung	189
II. Beseitigung des Erbverzichts	190
D. Erbverzicht gegen Abfindung	190
E. Erbverzicht und Insolvenz	191
F. Zusammenfassung	191
§ 22 Die Ausschlagung sowie die Annahme der Erbschaft	192
A. Begriff und Bedeutung der Ausschlagung	193
B. Recht zur Ausschlagung und Verfahren	193
I. Recht zur Ausschlagung	193
1. Ausschlagungsberechtigte	193
2. Kein Ausschlagungsrecht	193
3. Vererblichkeit des Ausschlagungsrechts	193
4. Keine Übertragbarkeit des Ausschlagungsrechts	194
5. Keine Hinderung der Ausschlagung durch Insolvenzverfahren	194
II. Verfahren bei der Ausschlagung	194
1. Ausschlagungserklärung	194
2. Form der Ausschlagung	194
3. Wirksamwerden mit Zugang beim Nachlassgericht	194
4. Stellvertretung bei der Ausschlagung	195
5. Bedingungsfeindlichkeit der Ausschlagung	195
6. Sittenwidrigkeit der Ausschlagung	196
7. Zeitliche Grenzen der Ausschlagung	196
C. Umfang der Ausschlagung	197
I. Ganzer Nachlass oder ein Erbteil	197
1. Grundsatz: Ausschlagung oder Annahme der ganzen Erbschaft	197
2. Ausschlagung des gesetzlichen Erben nur bezüglich der testamentarischen Erbeinsetzung	197
II. Mehrere Erbteile	198
1. Anfall aus demselben Berufungsgrund	198
2. Anfall aus verschiedenen Berufungsgründen	198
D. Rechtsfolgen der Ausschlagung	199
I. Rechtsstellung des Ausschlagenden	199
II. Schicksal des Nachlasses	199
1. Rückwirkender Wegfall der Erbenstellung des Ausschlagenden	199
2. Rechtsstellung des an die Stelle des Ausschlagenden tretenden Erben	199
3. Nachlasssicherung bis zur endgültigen Klärung der Erbfolge	199
E. Annahme der Erbschaft	199
F. Willensmängel bei Annahme und Ausschlagung	200
I. Anfechtungsgründe	200

1. Anfechtungsgründe der §§ 119ff.	200
2. Irrtum im Motiv (§ 2308)	201
3. Irrtum über den Berufungsgrund	201
4. Irrtum bei der Anfechtungserklärung	202
II. Anfechtungserklärung	202
1. Form, Inhalt, Stellvertretung	202
2. Adressat der Anfechtung	203
3. Anfechtungsfrist	203
4. Prüfung der Anfechtung bei einem Streit um die Erbscheinerteilung	203
III. Wirkung der Anfechtung	203
1. Geltung der entgegengesetzten Erklärung	203
2. Schadensersatz nach § 122	203
IV. Anfechtung der Versäumung der Ausschlagungsfrist	204
G. Ausschlagung und Insolvenz	204
H. Zusammenfassung	204
J. Rechtsstellung des vorläufigen Erben	205
I. Gerichtliche Verfahren	205
1. Zwangsvollstreckung durch einen Nachlassgläubiger	206
2. Zwangsvollstreckung durch einen persönlichen Gläubiger des vorläufigen Erben	206
3. Tod des Erblassers während des Rechtsstreits	206
4. Tod des Erblassers vor einem Rechtsstreit gegen den Nachlass	207
II. Verpflichtungsgeschäfte	207
1. Verpflichtungsgeschäfte vor späterer Ausschlagung der Erbschaft	207
2. Verpflichtungsgeschäfte vor späterer Annahme der Erbschaft	208
III. Verfügungsgeschäfte	208
1. Annahme der Erbschaft durch Vornahme einer Verfügung	208
2. Verfügungen vor späterer Annahme der Erbschaft	208
3. Verfügungen vor späterer Ausschlagung der Erbschaft	208
IV. Einseitige Rechtsgeschäfte gegenüber dem vorläufigen Erben	208
K. Zusammenfassung	209
3. Abschnitt. Die Anordnungen des Erblassers	211
1. Kapitel. Erbeinsetzung	211
§ 23 Die Bestimmung des Erben	211
A. Begriff der Erbeinsetzung	211
B. Erbeinsetzung als Alleinerbe, nach Bruchteilen sowie unter einer Bedingung oder Befristung	213
I. Erbeinsetzung als Alleinerbe	213
II. Erbeinsetzung nach Bruchteilen	213
1. Bruchteile erschöpfen nicht den gesamten Nachlass	213
2. Bruchteile übersteigen den Nachlass	214
3. Einsetzung mehrerer Erben ohne Bestimmung der Bruchteile	214
4. Einsetzung mehrerer Erben mit und ohne Bestimmung von Bruchteilen	214
5. Einsetzung mehrerer Erben auf einen gemeinschaftlichen Bruchteil	214
III. Bedingte und befristete Erbeinsetzung	214
C. Anwachsung	215
I. Bedeutung	215
II. Voraussetzungen	215
1. Wegfall eines eingesetzten Erben	215
2. Anwachsung vom Erblasserwillen gedeckt	215
III. Wirkungen	216
1. Verhältnismäßige Erhöhung der Erbteile	216
2. Verhältnis zwischen dem ursprünglichen und dem angewachsenen Erbteil	216
D. Zusammenfassung	216
§ 24 Die Bestimmung eines Ersatzerben	217
A. Begriff des Ersatzerben	217
B. Voraussetzungen	218
I. Wegfall eines Erben	218

II. Anordnung des Erblässers	218
1. Einsetzung eines Ersatzerben	218
2. Anordnung der Ersatzerbschaft nur für bestimmte Fälle	219
3. Gegenseitige Einsetzung mehrerer Erben als Ersatzerben	219
C. Wirkungen	219
D. Zusammenfassung	219
2. Kapitel. Beschränkung der Erben	220
§ 25 Die Vor- und Nacherbschaft	220
A. Begriff und Bedeutung	221
I. Begriff	221
II. Bedeutung	221
B. Anordnung der Nacherbschaft	222
I. Bestimmung durch Verfügung von Todes wegen	222
II. Auslegung der Verfügung von Todes wegen	222
1. Einsetzung einer beim Erbfall noch nicht gezeugten Person	222
2. Einsetzung als Nacherbe und Ersatzerbschaft	223
3. Abgrenzung zwischen Nacherbschaft und Vermächtnis	223
4. Einsetzung eines Vorerben ohne Nacherben und umgekehrt	223
5. Auslegung der Einsetzung eines Abkömmlings als Vorerben	223
6. Gegenseitige Erbeinsetzung von Ehegatten	224
7. Wegfall eines von mehreren Vorerben	224
8. Einsetzung eines Nacherben unter der auflösenden Bedingung einer anderweitigen Verfügung des Vorerben	225
III. Bestimmung des Eintritts der Nacherbfolge	225
1. Zeitliche Grenze für den Eintritt des Nacherbfalls	225
2. Keine Bestimmung des Nacherbfalls durch den Erblasser	226
C. Rechtsstellung des Nacherben	226
I. Anwartschaftsrecht	226
II. Vererblichkeit des Anwartschaftsrechts	226
III. Verfügung über das Anwartschaftsrecht	227
IV. Vernichtung des Anwartschaftsrechts	227
1. Verzicht des Nacherben	228
2. Ausschlagung durch den Nacherben	228
D. Rechtsstellung des Vorerben	228
I. Verfügungsfreiheit und Verfügungsbeschränkungen	228
1. Grundsatz: Verfügungsfreiheit	228
2. Einschränkungen der Verfügungsfreiheit	229
II. Verpflichtungsgeschäfte des Vorerben	234
III. Verwaltung durch den Vorerben	235
1. Pflicht zur ordnungsmäßigen Verwaltung	235
2. Folgen der Verletzung der Pflicht zur ordnungsmäßigen Verwaltung	235
IV. Prozessführung durch den Vorerben	236
1. Rechtskrafterstreckung auf den Nacherben	236
2. Eintritt des Nacherbfalls während eines Rechtsstreits	237
V. Surrogation	237
E. Folgen des Nacherbfalls	237
I. Anfall der Erbschaft	237
II. Herausgabeanspruch des Nacherben	238
III. Ersatzanspruch des Nacherben	238
1. Schadensersatz wegen Wertverringerung aufgrund nicht ordnungsmäßiger Verwaltung	238
2. Wertersatz wegen eigennütziger Verwendung	239
IV. Anspruch des Nacherben wegen übermäßiger Fruchtziehung	239
V. Gegenansprüche des Vorerben	239
1. Gewöhnliche Erhaltungskosten	239
2. Außergewöhnliche Erhaltungskosten	240
3. Sonstige Verwendungen	240
4. Ordentliche Lasten	240

5. Außerordentliche Lasten	240
VI. Wiederaufleben erloschener Rechte	240
VII. Verfügungen des Vorerben nach Eintritt des Nacherbfalls	241
1. Verfügungen des Vorerben ohne Kenntnis vom Nacherbfall	241
2. Schutz des gutgläubigen Erwerbers	241
VIII. Unterhaltsanspruch der Mutter des Nacherben	241
IX. Haftung des Nacherben	241
F. Besonderheiten der befreiten Vorerbschaft	242
I. Anordnung des Erblassers	242
II. Grenzen der Befreiung	242
III. Folgen der Befreiung	243
1. Beschränkte Herausgabepflicht des befreiten Vorerben	243
2. Schadensersatzpflicht des Vorerben bei unentgeltlichen Verfügungen und bei Beeinträchtigungsabsicht	243
G. Zusammenfassung	243
§ 26 Die Testamentsvollstreckung	245
A. Bedeutung	246
B. Voraussetzungen	246
I. Anordnung der Testamentsvollstreckung	246
II. Ernennung des Testamentsvollstreckers	246
1. Ernennung durch den Erblasser	246
2. Ernennung durch einen vom Erblasser ermächtigten Dritten	247
3. Ernennung von Mitvollstreckern oder eines Nachfolgers durch den vom Erblasser ermächtigten Testamentsvollstrecker	247
4. Ernennung durch das Nachlassgericht auf Ersuchen des Erblassers	247
III. Eignung zum Testamentsvollstrecker	247
1. Natürliche und juristische Personen	247
2. Geschäftsfähigkeit	248
IV. Annahme des Amtes	248
C. Dauer der Testamentsvollstreckung und des Testamentsvollstreckeramtes	248
I. Beginn	248
1. Beginn der Testamentsvollstreckung	248
2. Beginn des Testamentsvollstreckeramtes	248
II. Ende	249
1. Ende des Testamentsvollstreckeramtes	249
2. Ende der Testamentsvollstreckung	250
D. Rechtsstellung und Aufgaben des Testamentsvollstreckers	250
I. Rechtsstellung	250
II. Arten der Testamentsvollstreckung und Aufgaben des Testamentsvollstreckers	251
1. Aufgaben bei den verschiedenen Arten der Testamentsvollstreckung	251
2. Erweiterungen und Beschränkungen der Aufgaben durch den Erblasser	252
III. Mehrere Testamentsvollstrecker	253
E. Verwaltung des Nachlasses durch den Testamentsvollstrecker	253
I. Allgemeines	253
1. Verwaltung des Nachlasses bei der Abwicklungsvollstreckung	253
2. Verwaltung des Nachlasses bei der Verwaltungsvollstreckung	254
3. Besonderheiten bei der Fortführung eines Unternehmens	254
II. Besitz	255
III. Verfügungen	256
1. Grundsatz: Verfügungsbefugnis über Nachlassgegenstände	256
2. Keine Befugnis zu unentgeltlichen Verfügungen	256
IV. Verpflichtungen	257
1. Erkennbares Handeln des Testamentsvollstreckers für den Nachlass	257
2. Berechtigung des Testamentsvollstreckers	257
V. Prozessführung und Zwangsvollstreckung	258
1. Zwangsvollstreckung bei Vorliegen eines Vollstreckungstitels für oder gegen den Erblasser	258
2. Prozessführungsbefugnis bei noch nicht vorliegendem Vollstreckungstitel	258

3. Keine Zwangsvollstreckung durch einen Eigengläubiger des Erben in die der Testamentsvollstreckung unterliegenden Nachlassgegenstände	260
F. Rechtsstellung des Erben während der Testamentsvollstreckung	260
I. Verfügungen	260
II. Verpflichtungen	261
G. Rechtsverhältnis zwischen Erben und Testamentsvollstrecker	261
I. Gesetzliches Schuldverhältnis	261
II. Pflichten des Testamentsvollstreckers	261
1. Mitteilung eines Nachlassverzeichnisses	261
2. Ordnungsmäßige Verwaltung	261
3. Schadensersatz bei schuldhafter Pflichtverletzung	262
4. Zwingender Charakter der Verpflichtungen	262
5. Überlassung von nicht benötigten Nachlassgegenständen	262
III. Rechte des Testamentsvollstreckers	263
H. Zusammenfassung	263
3. Kapitel. Beschwerden der Erben	265
§ 27 Das Vermächtnis	265
A. Begriff	266
B. Beschwerter	267
I. Bestimmung des Beschweren	267
1. Erben und Vermächtnisnehmer	267
2. Keine Beschwerde sonstiger Beteiligter	268
II. Wegfall des Beschweren	268
C. Vermächtnisnehmer	268
I. Bedachtenfähigkeit	268
II. Bestimmung des Bedachten	269
1. Bestimmung durch den Erblasser	269
2. Bestimmung durch einen anderen	269
III. Mehrere Bedachte	270
IV. Besondere Vermächtnisnehmer	271
1. Erbe als Vorausvermächtnisnehmer	271
2. Ersatzvermächtnisnehmer	272
3. Nachvermächtnisnehmer	272
D. Gegenstand des Vermächtnisses	273
I. Begriff des Vermögensvorteils	273
1. Unmittelbare Vermögensmehrung	273
2. Mittelbare wirtschaftliche Besserstellung	273
II. Arten der Leistungsgegenstände	273
1. Stückvermächtnis	273
2. Gattungsvermächtnis	275
3. Wahlvermächtnis	275
4. Zweckvermächtnis	276
5. Verschaffungsvermächtnis	276
6. Schuldbefreiungsvermächtnis	276
E. Erwerb des Vermächtnisses	277
I. Anfall	277
1. Mit dem Erbfall	277
2. Bei Eintritt einer aufschiebenden Bedingung	277
3. Mit der Geburt des Bedachten	278
4. Anwartschaftsrecht des Bedachten zwischen Erbfall und Anfall	278
5. Zeitliche Grenze für den Anfall	278
6. Wegfall bei Eintritt einer auflösenden Bedingung/Befristung	278
II. Fälligkeit	279
III. Annahme und Ausschlagung	279
F. Haftung des Beschweren	279
I. Haftung von Erben	279
1. Haftung des beschwerten Alleinerben	279
2. Haftung bei beschwerten Miterben	280

II. Haftung von Vermächtnisnehmern	280
1. Haftung des beschwerten einzigen Vermächtnisnehmers	281
2. Haftung mehrerer beschwerter Vermächtnisnehmer	281
G. Zusammenfassung	282
§ 28 Die Auflage	283
A. Begriff, Abgrenzung und gesetzliche Regelung	283
I. Begriff	283
1. Anordnung im Testament oder Erbvertrag	284
2. Beschwerter	284
3. Möglicher Inhalt	284
4. Keine notwendige Benennung eines Begünstigten	284
II. Abgrenzung	284
III. Gesetzliche Regelung	284
B. Begünstigter	285
C. Vollziehungsanspruch	285
I. Vollziehungsberechtigte	285
II. Inhalt des Vollziehungsanspruchs	286
III. Entstehung, Fälligkeit und Dauer	286
IV. Durchsetzung	286
D. Unwirksamkeit der Auflage	286
I. Unwirksamkeitsgründe und Folgen	286
II. Unmöglichkeit	286
E. Zusammenfassung	287
4. Abschnitt. Die Miterbengemeinschaft	289
§ 29 Gesamthand und Miterbenanteil	289
A. Allgemeines	289
B. Sondervermögen der Gesamthänder	290
I. Gesamthand	290
II. Selbstständigkeit des Nachlasses	290
1. Keine Verfügungen über einzelne Nachlassgegenstände möglich	290
2. Eintritt der Miterbengemeinschaft in die Rechtsbeziehungen zwischen dem Erblasser und einzelnen Miterben	291
3. Bedeutung der Selbstständigkeit des Nachlasses für die Gegenseitigkeit bei der Aufrechnung	291
4. Selbstständigkeit der Nachlässe bei Beerbung zweier Erblasser	291
III. Erhaltung des Nachlasses	291
1. Surrogationsgrundsatz	291
2. Haftung des Nachlasses für Ersatzansprüche aus schlechter Verwaltung	292
IV. Besonderer Gläubigerschutz	292
C. Verfügung über den Miterbenanteil	292
I. Gegenstand der Verfügung	292
II. Arten der Verfügung	293
1. Übertragung des Anteils	293
2. Dingliche Belastung des Anteils	294
3. Pfändung des Anteils durch Gläubiger des Miterben	294
III. Form	294
1. Notarielle Beurkundung	294
2. Beurkundung von Verpflichtung und Verfügung in einer Urkunde	295
3. Formbedürftigkeit einer Vollmacht	295
IV. Abgrenzung zum Ausscheiden durch Abschichtung	295
D. Vorkaufsrecht der Miterben	296
I. Zweck	296
II. Vorkaufsfall	296
1. Verkauf durch einen Miterben	296
2. Verkauf an einen Dritten	296
3. Gültiger Kaufvertrag	297
III. Berechtigte	298

IV. Verpflichtete	298
V. Ausübung	298
VI. Wirkung	299
VII. Haftung	299
E. Zusammenfassung	300
§ 30 Die Verwaltung des Nachlasses durch die Miterbengemeinschaft	300
A. Grundlinien	301
B. Begriff der Verwaltung	302
C. Innenverhältnis	302
I. Bereiche der Verwaltung	302
1. Gemeinschaftliche und Mehrheitsverwaltung	302
2. Notverwaltung	304
II. Auskunftspflicht	305
III. Aufwendungsersatz	305
1. Aufgrund Auftrags oder Geschäftsführung ohne Auftrag	305
2. Bei Maßnahmen der Notverwaltung	306
IV. Gebrauch	306
V. Früchte	306
VI. Lasten	306
VII. Geltendmachung von Ansprüchen	307
D. Außenverhältnis	307
I. Vertretungsmacht	307
II. Verpflichtungsgeschäfte	307
1. Mitwirkung aller Miterben	307
2. Stimmenmehrheit bei ordnungsmäßiger Verwaltung	308
3. Jeder einzelne Miterbe bei Notverpflichtungsgeschäften	308
III. Verfügungsgeschäfte	308
1. Grundsatz: Zusammenwirken aller Miterben	308
2. Stellvertretung und Genehmigung des Handelns Nichtberechtigter	308
3. Stimmenmehrheit bei Verfügungen zur ordnungsmäßigen Verwaltung	309
4. Jeder einzelne Miterbe bei Notverfügungen	309
5. Erwerbsgeschäfte für den Nachlass	310
IV. Geltendmachung von Nachlassansprüchen	310
1. Jedes Recht auf Leistung	310
2. Ansprüche gegen andere Miterben	310
3. Gerichtliche und außergerichtliche Geltendmachung	311
4. Einziehung in Prozessstandschaft für den Nachlass	311
E. Zusammenfassung	311
§ 31 Die Auseinandersetzung	312
A. Begriff	313
B. Anspruch auf Auseinandersetzung	313
I. Grundsatz	313
II. Ausnahmen	313
1. Vereinbarung der Miterben	314
2. Anordnung des Erblassers	314
3. Unbestimmtheit der Erbteile	314
C. Verfahren der Auseinandersetzung	315
I. Testamentsvollstrecker	315
II. Auseinandersetzungsvertrag	315
III. Vereinigung aller Erbteile	315
IV. Klage auf Auseinandersetzung	315
1. Klage auf Zustimmung zum Auseinandersetzungsplan	315
2. Voraussetzungen eines wirksamen Auseinandersetzungsplans	316
3. Kein gestaltender Eingriff des Richters	316
V. Vermittlungsverfahren	316
VI. Zuweisung durch das Landwirtschaftsgericht	316
D. Auseinandersetzungsregeln	317
I. Auseinandersetzungsanordnungen des Erblassers	317

1. Schuldrechtliche Wirkung	317
2. Abgrenzungsfragen	317
II. Gesetzliche Auseinandersetzungsregeln	318
1. Berichtigung der Nachlassverbindlichkeiten	318
2. Teilung	319
III. Ausgleich von Vorempfängen	320
1. Zweck	320
2. Verpflichtete und Berechtigte	320
3. Auszugleichende Zuwendungen	321
4. Rechtsnatur der Ausgleichung	322
5. Durchführung	323
IV. Ausgleich für besondere Leistungen	324
1. Voraussetzungen	324
2. Durchführung	325
E. Zusammenfassung	325
5. Abschnitt. Das Pflichtteilsrecht	327
§ 32 Das Pflichtteilsrecht	327
A. Bedeutung	329
B. Gläubiger und Schuldner des Pflichtteilsanspruchs	329
I. Gläubiger des Pflichtteilsanspruchs	329
1. Abkömmlinge, Ehegatte, Lebenspartner und Eltern des Erblassers	329
2. Ausschluss von der Erbfolge	330
3. Pflichtteilsberechtigung bei Ausschlagung	331
II. Schuldner des Pflichtteilsanspruchs	331
C. Berechnung des Pflichtteils	331
I. Berechnung der Pflichtteilsquote	331
II. Berechnung des Pflichtteilsbetrages	332
D. Berechnung des Pflichtteils bei Zugewinnngemeinschaft	332
I. Auswirkung des § 1371 I auf den Pflichtteil der Abkömmlinge	333
II. Auswirkung des § 1371 II auf den Pflichtteil des Ehegatten/Lebenspartners	333
III. Regelung des § 1371 III, IV	334
1. Zugewinnausgleich und kleiner Pflichtteil für ausschlagenden Ehegatten	334
2. Pflicht des überlebenden Ehegatten zur Stiefkinderversorgung bei erhöhtem Erbteil	335
E. Schutz gegen Beeinträchtigung des Pflichtteils	335
I. Vervollständigung des Pflichtteils	335
1. Pflichtteilsrestanspruch	335
2. Wahlrecht des Erben zwischen belastetem Erbteil oder Pflichtteil	336
3. Pflichtteilsanspruch bei Zuwendung eines Vermächnisses	336
II. Anrechnung und Ausgleich	336
1. Anrechnung	337
2. Ausgleich	337
III. Pflichtteilergänzung	340
1. Schenkung des Erblassers an einen Dritten innerhalb der letzten zehn Jahre vor dem Erbfall	340
2. Gleichmäßige Behandlung der Pflichtteilsberechtigten	343
F. Entstehung, Geltendmachung, Auskunftsanspruch und Stundung	345
I. Entstehung	345
II. Geltendmachung	345
III. Auskunftsanspruch	345
IV. Stundung	347
G. Ausschluss des Pflichtteilsrechts	347
I. Verlust des Erbrechts	347
II. Entziehung des Pflichtteils	348
III. Beschränkung in guter Absicht	349
IV. Verjährung	349
H. Verteilung der Pflichtteilslast	350
J. Zusammenfassung	350

6. Abschnitt. Der Schutz des Erben, der Erbschaft und des Rechtsverkehrs	353
§ 33 Der Erbschaftsanspruch	353
A. Einführung	353
B. Gläubiger des Erbschaftsanspruchs	354
C. Schuldner des Erbschaftsanspruchs	354
I. Erbschaftsbesitzer	354
II. Dem Erbschaftsbesitzer gleichstehende Personen	355
III. Kein Erbschaftsbesitzer	356
D. Herausgabepflicht des Erbschaftsbesitzers	356
I. Ursprünglich Erlangtes	357
II. Surrogate	357
III. Nutzungen	357
E. Haftung des Erbschaftsbesitzers	358
I. Unverklagter gutgläubiger Besitzer	358
II. Verklagter Besitzer	358
III. Bösgläubiger Besitzer	359
IV. Deliktischer Besitzer	359
F. Verwendungen des Erbschaftsbesitzers	360
I. Unverklagter gutgläubiger Besitzer	360
II. Verklagter und bösgläubiger Besitzer	361
III. Deliktischer Besitzer	361
G. Auskunftsansprüche	361
I. Anspruch gegen den Erbschaftsbesitzer	361
1. Sinn des Auskunftsanspruchs	361
2. Inhalt des Auskunftsanspruchs	362
3. Klage und Vollstreckung	362
II. Ansprüche gegen sonstige Besitzer von Nachlassgegenständen	362
III. Ansprüche gegen Hausgenossen des Erblassers	363
H. Verjährung und Ersitzung	363
I. Verjährung	363
II. Ersitzung	364
J. Rechtliche Einordnung des Erbschaftsanspruchs	365
K. Konkurrenzen und Prozessuales	365
I. Konkurrenzen	365
II. Prozessuales	366
L. Zusammenfassung	367
§ 34 Ersetzungsgrundsatz im Erbrecht	368
A. Allgemeines	368
B. Einfacher Ersetzungserwerb	369
I. Gesetzliche Fälle	369
II. Umfang	369
III. Wirkung	369
IV. Bedeutung	370
C. Rechtsgeschäftlicher Ersetzungserwerb	370
I. Erwerb mit Mitteln der Erbschaft (Mittelsurrogation)	370
1. Voraussetzungen	370
2. Wirkung	372
3. Bedeutung	372
II. Erwerb mit Beziehung auf den Nachlass	373
1. Voraussetzungen	373
2. Wirkung und Bedeutung	373
D. Ersetzung durch Inventarzuwachs	374
E. Zusammenfassung	374
§ 35 Der Erbschein	375
A. Überblick	376
B. Inhalt und Arten des Erbscheins	376
I. Inhalt des Erbscheins	376
1. Gesamtnachfolge	377

2. Erbteilsgröße	377
3. Beschränkungen	377
4. Andere Angaben	378
II. Erbscheinsarten	378
1. Alleinerbschein (§ 2353, 1. Fall)	378
2. Teilerbschein (§ 2353, 2. Fall)	378
3. Gemeinschaftlicher Erbschein (§ 352 a FamFG)	378
4. Gruppenerbschein	379
5. Gemeinschaftlicher Teilerbschein	379
6. Sammlerbschein (zusammengefasster oder vereinigter Erbschein)	379
7. Gegenständlich beschränkter Erbschein (§ 352 c FamFG)	379
8. Europäisches Nachlasszeugnis (ENZ)	380
C. Rechtswirkungen des Erbscheins	382
I. Vermutung des § 2365	382
1. Umfang der Vermutung	382
2. Wirkung der Vermutung	383
II. Öffentlicher Glaube des Erbscheins (§§ 2366, 2367)	384
1. Erwerbsgeschäfte	385
2. Leistungs- und andere Verfügungsgeschäfte	386
D. Erbscheinsverfahren	387
I. Erteilung des Erbscheins	387
1. Zuständigkeit	387
2. Antragsrecht	388
3. Darlegungspflicht des Antragstellers	388
4. Amtsermittlung	389
5. Entscheidung des Nachlassgerichts	389
II. Unrichtiger Erbschein und Rechtsmittel	390
1. Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Nachlassgerichts	390
2. Einziehung, Kraftloserklärung und Herausgabeanspruch	391
III. Erbscheinsverfahren und Erbrechtsprozess	392
1. Aussetzung	392
2. Bindungswirkungen	393
E. Anhang: Testamentvollstreckerzeugnis	394
I. Allgemeines	394
II. Inhalt	394
III. Rechtswirkungen des Testamentvollstreckerzeugnisses	395
1. Vermutung für das Testamentvollstreckeramt des Bezeichneten	395
2. Erstreckung der Vermutung auf Verpflichtungsgeschäfte	395
IV. Dauer der Zeugniswirkung	395
F. Anhang: Öffentlicher Glaube bei Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	396
G. Zusammenfassung	396
§ 36 Die staatlichen Aufgaben im Erbrecht	396
A. Zuständigkeit und Verfahren des Nachlassgerichts	397
I. Zuständigkeit	397
1. Sachliche Zuständigkeit	397
2. Örtliche Zuständigkeit	397
3. Funktionelle Zuständigkeit	397
4. Internationale Zuständigkeit	397
II. Verfahren	398
B. Eröffnung und Verkündung der Verfügungen von Todes wegen	398
I. Eröffnung von Testamenten	398
1. Zuständigkeit	398
2. Voraussetzungen der Eröffnung	398
3. Eröffnungsverfahren	399
4. Mitteilungen an nicht Erschienene	399
5. Recht auf Einsichtnahme in eine Verfügung von Todes wegen	399
6. Rechtsfolgen der Nichteröffnung	399
II. Eröffnung von gemeinschaftlichen Testamenten	399

III. Eröffnung von Erbverträgen	400
C. Sicherung des Nachlasses	400
I. Voraussetzungen	400
II. Rechtsstellung des Nachlasspflegers	401
D. Zusammenfassung	401
7. Abschnitt. Die Erbenhaftung	403
§ 37 Grundfragen der Erbenhaftung	403
A. Übergang der Schulden	403
B. Haftungssysteme	403
I. Einheit der beiden Vermögensmassen	404
II. Gegenständliche Trennung der beiden Vermögensmassen	404
III. Wertmäßige (rechnerische) Trennung	404
C. Interessenlage	404
I. Nachlassgläubiger	404
II. Erbe	405
III. Eigengläubiger des Erben	405
D. Gesetzliche Interessenbewertung	405
I. Verhältnis des Erben zum Nachlassgläubiger	405
1. Grundsatz der unbeschränkten Erbenhaftung	405
2. Grundsatz der beschränkbaren Erbenhaftung	406
3. Verlust des Rechts auf Haftungsbeschränkung	407
II. Stellung des Eigengläubigers	407
E. Arten der Nachlassverbindlichkeiten	408
I. Erblässerschulden	408
II. Erbfallschulden	410
III. Nachlasskostenschulden	410
IV. Nachlasserbenschulden	410
V. Geschäftsverbindlichkeiten	411
1. Handelsgeschäft im Nachlass	411
2. Erblasser als Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft	412
3. Erblasser als Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft	412
F. Zusammenfassung	413
§ 38 Gläubigeraufgebot und Inventarerrichtung	414
A. Aufgebot der Nachlassgläubiger	415
I. Bedeutung	415
II. Verfahren	415
1. Zuständigkeit des Nachlassgerichts	415
2. Antragsberechtigung	415
3. Antrag	415
4. Erlass des Aufgebots	415
5. Anmeldung von Forderungen	416
6. Ausschließungsbeschluss und Rechtsmittel	416
III. Wirkung des Ausschließungsbeschlusses	416
1. Haftungsbeschränkung des Erben auf den Nachlass, Ausschließungseinrede	416
2. Keine Ausschließungseinrede gegenüber Verbindlichkeiten aus Pflichtteilen, Vermächnissen oder Auflagen	416
3. Überschusshaftung nach den Regeln der ungerechtfertigten Bereicherung	417
4. Duldung der Zwangsvollstreckung, Ersetzungsbefugnis	417
IV. Vom Aufgebotsverfahren nicht betroffene Gläubiger	417
1. Dinglich Berechtigte (§ 1971)	417
2. Pflichtteilsberechtigte, Vermächtnisnehmer, Auflagenbegünstigte (§ 1972)	417
3. Gläubiger, denen der Erbe unbeschränkbar haftet (§ 2013 I)	418
B. Gläubigerversäumnis	418
C. Inventarerrichtung	418
I. Begriff	418
II. Bedeutung	418
1. Schutz des Erben	418

2. Interesse der Nachlassgläubiger	418
III. Verfahren	419
1. Freiwillige Inventarerrichtung	419
2. Beantragte Inventarerrichtung	419
3. Eidesstattliche Versicherung des Erben	419
IV. Folge der rechtzeitigen Inventarerrichtung	420
V. Folgen der nicht rechtzeitigen Inventarerrichtung	420
VI. Folgen der Verweigerung der eidesstattlichen Versicherung	421
VII. Inventaruntreue	422
1. Absichtlich unvollständige Inventarangaben	422
2. Aufnahme einer nicht bestehenden Nachlassverbindlichkeit in Benachteiligungsabsicht	422
3. Verweigerung oder Verzögerung der Auskunft bei amtlicher Inventaraufnahme	422
D. Zusammenfassung	422
§ 39 Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenzverfahren	423
A. Gemeinsamkeiten von Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenz	423
I. Trennung der Vermögensmassen	423
1. Bedeutung für Konfusion und Konsolidation	423
2. Bedeutung für die Aufrechnung	424
3. Bedeutung für die Geschäfte des Erben	425
II. Verwalter	426
1. Stellung	426
2. Ernennung, Aufsicht, Vergütung	426
III. Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	427
B. Besonderheiten der Nachlassverwaltung	428
I. Voraussetzungen für die Anordnung der Nachlassverwaltung	428
1. Antrag	428
2. Unmaßgeblichkeit einer die Verfahrenskosten deckenden Masse	428
II. Rechte des Nachlassverwalters	428
III. Pflichten des Nachlassverwalters	429
IV. Ende der Nachlassverwaltung	429
1. Voraussetzungen	429
2. Folgen	429
C. Besonderheiten des Nachlassinsolvenzverfahrens	430
I. Voraussetzungen für die Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens	430
1. Antrag	430
2. Eröffnungsgründe	430
II. Folgen der Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens	430
1. Insolvenzschuldner	430
2. Insolvenzmasse	431
3. Insolvenzgläubiger	431
4. Insolvenzverwalter	431
III. Ende des Nachlassinsolvenzverfahrens	432
1. Beendigungsgründe	432
2. Folgen	432
D. Zusammenfassung	432
§ 40 Die Einreden des Erben und ihre Bedeutung im Prozess	434
A. Aufschiebende Einreden (§§ 2014–2017)	434
I. Bedeutung der Einreden	434
II. Voraussetzungen der Einreden	435
1. Aufschiebende Einreden	435
2. Ausschluss der Einreden gegenüber bestimmten Gläubigern	435
III. Wirkungen der Einreden	436
1. Im Erkenntnisverfahren	436
2. Im Zwangsvollstreckungsverfahren	436
3. Materiell-rechtliche Wirkung	436
B. Unzulänglichkeitseinreden (§§ 1990–1992)	437
I. Bedeutung der Einreden	437

II. Voraussetzungen der Einreden	437
1. Unzulänglichkeitseinrede im engeren Sinne = Dürftigkeitseinrede	437
2. Überschwerungseinrede	438
3. Sonstige Einredoberechtigte außer dem Erben	438
III. Prozessuale Wirkung der Einreden	438
1. Im Erkenntnisverfahren	438
2. Im Zwangsvollstreckungsverfahren	439
IV. Materielle Wirkung der Einreden	440
1. Bei Berufung auf eine Einrede getrennte Behandlung von Nachlass und Eigenvermögen	440
2. Reihenfolge bei der Gläubigerbefriedigung	440
C. Ausschließungs- und Verschweigungseinrede (§§ 1973, 1974)	441
D. Zusammenfassung	441
§ 41 Die Haftung der Miterben	443
A. Grundzüge	443
I. Haftungsmöglichkeiten und Interessenlage	443
1. Überblick über die Haftungsmöglichkeiten	443
2. Widerstrebende Interessen von Nachlassgläubigern, Eigengläubigern und Erben	443
II. Gesetzliche Interessenbewertung	444
1. Gemeinschaftliche Nachlassverbindlichkeit aller Miterben	444
2. Belastung nur einiger Miterben mit einer Nachlassverbindlichkeit	445
B. Haftung vor der Nachlassteilung	445
I. Haftung bis zur Annahme der Erbschaft	445
II. Haftung zwischen Annahme und Teilung der Erbschaft	445
1. Gesamtschuld- und Gesamthandsklage	445
2. Haftungsbeschränkung	446
C. Haftung nach der Nachlassteilung	447
I. Nachlassteilung	447
II. Gesamtschuldnerische Haftung	448
III. Haftungsbeschränkung	448
1. Allgemeine Regeln der Haftungsbeschränkung	448
2. Teilhaftung der Miterben	448
D. Haftung gegenüber einem Miterben als Nachlassgläubiger	450
I. Vor der Nachlassteilung	450
II. Nach der Nachlassteilung	450
E. Zusammenfassung	450
§ 42 Die Haftung von Vor- und Nacherben	451
A. Haftung vor Eintritt des Nacherbfalls	452
I. Haftung des Vorerben	452
II. Haftung des Nacherben	452
B. Haftung nach Eintritt des Nacherbfalls	452
I. Haftung des Nacherben	452
1. Haftungsgrundlage	452
2. Haftungsbeschränkung	452
3. Haftung im Verhältnis Vorerbe – Nacherbe	453
II. Haftung des Vorerben	453
1. Alleinige Haftung des Vorerben	453
2. Gesamtschuldnerische Haftung neben dem Nacherben	453
3. Subsidiäre Haftung nach dem Nacherben	453
4. Haftungsgegenstand	454
C. Zusammenfassung	454
8. Abschnitt. Zuwendungen auf den Todesfall durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	455
§ 43 Zuwendungen auf den Todesfall durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden	455
A. Überblick	456
B. Schenkungen auf den Todesfall	456
I. Begriff	456
1. Aufschiebend befristet und auflösend bedingte Schenkung	456

2. Abgrenzung zur Schenkung unter Lebenden	457
II. Vollzogene Schenkung auf den Todesfall	458
1. Voraussetzungen des Vollzugs	458
2. Vollzug ohne Beteiligung eines Mittlers	460
3. Vollzug bei Beteiligung eines Mittlers	461
4. Rechtsfolgen der vollzogenen Schenkung auf den Todesfall	465
III. Nicht vollzogene Schenkung auf den Todesfall	465
1. Voraussetzungen	465
2. Rechtsfolgen	466
C. Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall	467
I. Schuldrechtliche Verträge	467
1. Deckungsverhältnis	468
2. Valutaverhältnis	469
3. Wirkungen gegenüber Erben, Pflichtteilsberechtigten und Nachlassgläubigern	472
II. Verfügungsrechtliche Verträge	473
1. Rechtsprechung: Keine Anwendbarkeit der §§ 328 ff. auf dingliche Rechtsgeschäfte	473
2. HM in der Literatur: Zulässigkeit verfügungsrechtlicher Verträge zugunsten Dritter.	473
D. Sonstige Zuwendungen unter Lebenden auf den Todesfall	475
I. Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	475
1. Unentgeltliche Rechtsgeschäfte zu Lebzeiten des Erblassers	476
2. Verfügungen von Todes wegen	476
3. Folgen für lebzeitige Zuwendungen auf den Todesfall	476
II. Entgeltliche Rechtsgeschäfte	477
E. Zusammenfassung	477
9. Abschnitt. Der Erbschafts Kauf	479
§ 44 Der Erbschafts Kauf	479
A. Vertragsgegenstand	479
B. Form des Vertrags	479
C. Rechtsbeziehungen zwischen den Vertragspartnern	480
I. Hauptpflichten	480
1. Verpflichtung des verkaufenden Alleinerben	480
2. Verpflichtung eines verkaufenden Miterben	480
3. Verpflichtung des Käufers	481
II. Gefahrübergang und Mängelhaftung	481
1. Gefahrübergang	481
2. Eingeschränkte Mängelhaftung	481
III. Sonstige Folgen	481
1. Angleichung der Rechtsstellung des Käufers an die des Rechtsnachfolgers beim Erbfall	481
2. Verteilung von Nutzungen und Lasten zwischen Verkäufer und Käufer	482
D. Rechtsbeziehungen der Parteien zu den Nachlassgläubigern	482
E. Zusammenfassung	482
10. Abschnitt. Erbrecht und Gesellschaftsrecht	485
§ 45 Erbrecht und Gesellschaftsrecht	485
A. Fortführung eines Einzelhandelsgeschäfts	485
B. Nachfolge in den Anteil an einer Personengesellschaft	486
I. Gesetzliche Regelung	486
1. Erblasser als Gesellschafter einer GbR	486
2. Erblasser als persönlich haftender Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft	487
3. Bedürfnis nach abweichenden gesellschaftsvertraglichen Vereinbarungen	487
II. Fortsetzungsklausel	487
1. Fortsetzungsklausel ohne Regelung von Abfindungsansprüchen	487
2. Fortsetzungsklausel mit Ausschluss des Abfindungsanspruchs	487
III. Eintrittsklausel	488

1. Begriff und Wirkung der Eintrittsklausel	488
2. Rechtslage im Übergangsstadium	489
3. Rechtslage nach Aufnahme des Begünstigten in die Gesellschaft	490
IV. Nachfolgeklausel	491
1. Begriff und Wirkung	491
a) Gesellschaftsrechtliche Lösung	492
b) Erbrechtliche Lösung	492
2. Rechte des Erben nach § 139 HGB	494
3. Rechtsstellung der vom Eintritt in die Gesellschaft ausgeschlossenen Miterben	494
C. Vererbung von Kommanditanteilen und Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	496
D. Zusammenfassung	496
11. Abschnitt. Erbschaftsteuerrecht	497
§ 46 Erbschaftsteuerrecht	497
A. Praktische Bedeutung	497
B. Rechtsgrundlagen	498
C. Steuerpflichtige Vorgänge	499
D. Steuerpflichtiger Erwerb	499
I. Bereicherung	499
II. Steuerbefreiungen	500
1. Zugewinnausgleich	500
2. Katalog von steuerfreien Gegenständen	500
3. Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftliches Vermögen sowie Anteile an Kapitalgesellschaften	501
III. Freibeträge	501
1. Allgemeiner Freibetrag	501
2. Besonderer Versorgungsfreibetrag	502
E. Höhe der Erbschaftsteuer	502
I. Bewertung des steuerpflichtigen Erwerbs	502
II. Steuerklasse	503
III. Höhe des Steuersatzes	503
F. Steuerfestsetzung und Erhebung	504
G. Zusammenfassung	504
12. Abschnitt. Das internationale Erbrecht	507
§ 47 Das internationale Erbrecht	507
A. Erbfälle mit Auslandsbezug	507
B. Rechtliche Problematik	508
C. Anwendbares Recht nach deutschem internationalen Erbrecht	508
I. Für bis 16.8.2015 eingetretene Erbfälle (Art. 25, 26 EGBGB aF)	508
1. Grundsatz: Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit des Erblassers (Erbstatut)	508
2. Ausnahmen	509
3. Nachlassspaltung	509
4. Beschränkte Rechtswahl bei im Inland belegtem unbeweglichen Vermögen	510
5. Sonderregelung für die Form von Verfügungen von Todes wegen und von Widerrufstestamenten (Formstatut)	510
6. Sonderregelung für die materielle Gültigkeit und Bindungswirkung der Verfügungen von Todes wegen	511
II. Für seit dem 17.8.2015 eingetretene Erbfälle (Art. 20ff. EuErbVO)	512
1. Grundsatz: Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt des Erblassers zur Zeit seines Todes	513
2. Rechtswahl	514
3. Sonderregelung für Testamente	514
4. Sonderregelung für Erbverträge	514
5. Rück- und Weiterverweisung sowie weitere Sonderregelungen	515
D. Anhang: Internationale Zuständigkeit deutscher Nachlassgerichte	515
I. Für bis zum 16.8.2015 eingetretene Erbfälle (§ 105 FamFG)	515
II. Für seit dem 17.8.2015 eingetretene Erbfälle (Art. 4 EuErbVO)	516

Anhang: Mustertexte	519
Paragrafenregister	529
Sachverzeichnis	541